

»Der Krieg im Jemen wird auch mit deutschen Waffen geführt«

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) kritisiert die massiven Rüstungsexporte in die Golfregion und erneuert ihre Forderung, sämtliche Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen. »Saudische Patrouillenboote haben Seehäfen blockiert und damit zivile Hilfslieferungen an den Jemen gestoppt. G 3-Sturmgewehre, mit deutscher Lizenz in Saudi-Arabien gefertigt, wurden aus der Luft abgeworfen, um jemenitische Bodentruppen zu unterstützen. ... Der Krieg im Jemen wird auch mit deutschen Waffen geführt«, so Prälat Dr. Martin Dutzmann, evangelischer Vorsitzender der GKKE. Im Folgenden dokumentieren wir Kernaussagen aus dem Rüstungsexportbericht 2017 der GKKE.

Zweithöchster Genehmigungswert seit 20 Jahren

Mit einem Wert von 6,848 Milliarden Euro sind die deutschen Einzelausfuhrgenehmigungen für

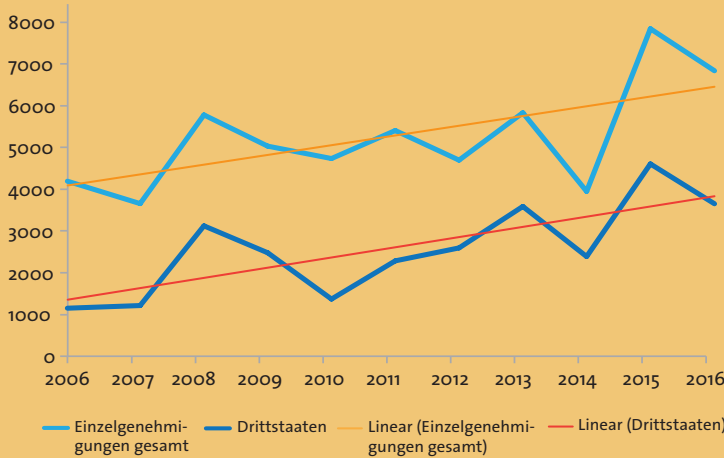
Rüstungsgüter im Jahr 2016 zwar um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Im Jahr 2015 wurde jedoch ein absoluter Rekordwert für deutsche Einzelausfuhrgenehmigungen aufgestellt. Daher ist trotz des Rückgangs im Jahr 2016 der zweithöchste Genehmigungswert seit Beginn der öffentlichen Berichterstattung zu verzeichnen.

Export an Drittstaaten zur Regel geworden

Neben den hohen Genehmigungswerten kritisiert die GKKE insbesondere den »immens hohe[n] Anteil der Genehmigungen an Drittstaaten«. Darunter auch weitere im Jahr 2016 im Jemen-Krieg involvierte Parteien wie Katar und Ägypten. Mit einem Anteil von 54 Prozent gingen mehr als die Hälfte aller Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter an Länder, die weder der EU noch der NATO angehören. Bei den Genehmigungen für Kriegswaffen

Durch Luftschläge der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz zerstörte Häuser in Sa'da (Jemen)
Foto: dpa



Entwicklung der Werte der Einzelgenehmigungen von 2006 bis 2016 (in Mio. Euro)


Quelle: Rüstungsexportbericht 2017 der GKKE

liegt dieser Anteil sogar bei 74 Prozent, obwohl gemäß den *Politischen Grundsätzen der Bundesregierung* gerade der Export von Kriegswaffen an Drittstaaten die Ausnahme sein und nur in begründeten Einzelfällen erfolgen soll. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf »sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann tatsächlich besondere außen- oder sicherheitspolitischen Interessen nachweisen. Diese sollte sie dann explizit benennen.«

Anstieg bei Kleinwaffen

Nach zwei Jahren des Rückgangs ist im Jahr 2016 wieder ein Anstieg bei den Genehmigungswerten für die Ausfuhr von Klein- und Leichtwaffen zu verzeichnen. Dies passe nicht zum erklärten Ziel der Bundesregierung, bei Kleinwaffen besonders strenge Maßstäbe anzulegen. Die starken Schwankungen bei den Genehmigungswerten für Kleinwaffen führt die GKKE weniger auf eine bewusste Politik als auf die aktuelle Auftragslage zurück. Sie spricht sich dafür aus, dass Genehmigungen für die Ausfuhr von Klein- und Leichtwaffen sowie Munition an Drittstaaten grundsätzlich nicht mehr erfolgen sollten.

Stopp sämtlicher Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien gefordert

Zwischen Januar 2014 und April 2017 wurden Rüstungsexporte im Wert von über einer Milliarde Euro an Saudi-Arabien genehmigt. Darunter Patrouillenboote, Komponenten für Tornado- und Eurofighter-Kampfflugzeuge für die saudische Luftwaffe und der Export von Artilleriemultifunktionszündern.

Die Bundesregierung rechtfertigt Lieferungen an Saudi-Arabien auch damit, dass es sich um Zulieferungen von Komponenten im Rahmen von Rüstungsk Kooperationen mit europäischen Partnern handle. Die GKKE lehnt diese Rechtfertigung ab und fordert »sämtliche Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen. Dazu gehört auch die Zulieferung von Komponenten an Dritte, welche diese in Waffensysteme integrieren und an Saudi-Arabien exportieren.«

Europäisierung der Rüstungsindustrie

Die GKKE betont, dass »Kooperationsvereinbarungen mit europäischen Partnern nicht dazu missbraucht werden [dürfen], Rüstungsexporte an problematische Empfängerländer zu rechtfertigen und die selbstgesetzten Kriterien zu umgehen.« Das Beispiel Saudi-Arabien zeige auf, dass dies ein konkretes Problem darstelle. Einer verstärkten Koordination der Rüstungsproduktion müsse eine Stärkung der Exportkontrolle auf europäischer Ebene vorangehen. Die GKKE appelliert an die Bundesregierung, sich für eine Stärkung der Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene einzusetzen.

Die GKKE hält an ihrer bereits im Jahr 2016 erhobenen Forderung nach einem Rüstungsexportkontrollgesetz fest und »fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag dazu auf, ein solches Gesetz auszuarbeiten«.

Redaktion: Charlotte Kehne, Januar 2018

- Den Rüstungsexportbericht 2017 stellt die GKKE als PDF-Datei unter www3.gkke.org/78.html zur Verfügung.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 124 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird finanziell mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes gefördert.

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Ohne Rüstung Leben ist Träger des Göttinger Friedenspreises 2011.